

**Antrag zum Stadtparteitag von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in Dresden
am 12.Oktober 2013
Antragsteller: Stadtvorstand**

**1 „Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik in Dresden neu gegen die
2 Wohnmisere ausrichten – Potenziale der städtischen Gesellschaft
3 STESAD nutzen“**

4 In Dresden steigen Mieten und Nebenkosten kontinuierlich. Zunehmend macht sich Mangel an
5 bezahlbarem Wohnraum besonders für Einkommensschwache, junge Menschen, Familien sowie
6 Ältere und Menschen mit Behinderung bemerkbar.

7 Die Dresdner CDU und die Spitzen der Stadtverwaltung setzen nach dem Totalverkauf der
8 stadteigenen Wohnungsgesellschaft 2006 ausschließlich auf die am Wohnungsmarkt agierenden
9 Investoren Dabei haben sie einen starken Fokus auf Bauträger und Eigenheimbebauung auf der
10 „grünen Wiese“. Diese marktgläubige Ideologie löst viele der vorhandenen Probleme nicht und fördert
11 zudem weiter die Zersiedlung der Stadt. Das vom Stadtrat per Beschluss geforderte Wohnkonzept ist
12 von der Oberbürgermeisterin bis heute nicht vorgelegt worden.

13 Viele Familien und ältere Menschen zieht es jetzt zurück in Stadtteile und Innenstadt – dort, wo
14 Öffentlicher Verkehr, Kultur und Stadtleben gut erreichbar sind. Untersuchungen des
15 Stadtplanungsamtes zeigen, dass der bestehende Bedarf an Wohnungsneubau durch Entwicklung
16 von Baulücken und Brachflächen im bebauten Stadtgebiet abgedeckt werden können - angesichts
17 hohen Bedarfs an Mietwohnungen besonders durch Geschößwohnungsbau. Deshalb fordern wir
18 GRÜNE, dass im neuen Dresdner Flächennutzungsplan endlich von der ökologisch fragwürdigen und
19 wirtschaftlich aufwendigen Neubauung auf der grünen Wiese abgerückt wird.

20 Dazu braucht Dresden vielfältige Akteure in allen Stadtteilen: Genossenschaften, Baugemeinschaften,
21 private Vermieter und Maßnahmen der öffentlichen Hand. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir für
22 preiswertes und altengerechtes bzw. barrierefreies Wohnen. Hierfür muss die Stadt in
23 Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen Anreizmöglichkeiten schaffen. Unabdingbar ist weiterhin
24 die von uns vorgeschlagene Förderung von energetischer Sanierung und altengerechtem Umbau von
25 Mietwohnungen im Bestand durch Förderprogramme des Freistaates.

26 Dresden muss seinen Vorteil als schuldenfreie Stadt nutzen und selbst investieren. Angesichts
27 steigender Grundstückspreise gilt: je länger das aufgeschoben wird, umso teurer. Langfristig und
28 schrittweise wollen wir GRÜNE wieder ein schlankes, städtisches Wohnvermögen aufbauen, um als
29 Stadt wohnpolitische Akzente in verschiedenen Stadtteilen zu setzen und sozialen Fehlentwicklungen
30 entgegen zu wirken. Dazu muss die Stadt ihre noch vorhandenen Liegenschaften und das
31 Wohnvermögen in den Sanierungsgebieten einsetzen. Jeder weitere Grundstücksverkauf muss
32 kritisch überprüft werden. Dresden soll einzelne für Wohnungsbau geeignete Wohngrundstücke nach
33 Möglichkeit ausweisen und selbst entwickeln – z. B. durch die Nutzung von Vorkaufsrechten und
34 städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch. Hierfür wollen wir GRÜNE
35 Erträge aus Grundstücksverkäufen der Stadt sowie aus den derzeit noch bestehenden
36 Sanierungsgebieten einsetzen.

37 Das derzeit laufende Bürgerbegehren der LINKEN fordert die Neugründung einer städtischen
38 Wohnungsgesellschaft. Die zur Kostendeckung angegebenen 100 000 € decken lediglich deren
39 Gründungsaufwand. Dieses Herangehen halten wir nicht für durchdacht. Die symbolische Forderung
40 nach einer neuen Wohnungsgesellschaft mag für die LINKEN angesichts der Zustimmung eines Teils
41 der LINKEN Stadtratsmitglieder zum Verkauf der WOBA Dresden 2006 wichtig sein. Für Dresdens
42 Stadtentwicklung und Wohnungspolitik aber ist sie nur ein Placebo und keine wirksame Medizin. Denn
43 ein An- oder Rückkauf vorhandenen Wohnvermögens in größerem Umfang von Privat oder aus dem
44 früheren städtischem Wohnvermögen ist nicht bezahlbar, unrealistisch und wegen der dadurch
45 auftretenden Nachfrage auch preistreibend.
46 Vor diesem Hintergrund werden wir GRÜNE die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren
47 nicht aktiv unterstützen.

48 Für eine neue Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik setzen wir GRÜNEN auf die vorhandene,
49 stadteigene Gesellschaft STESAD GmbH. Sie hat bereits im Auftrag der Stadt konzeptionelle
50 Vorüberlegungen für ein Dresdner Wohnkonzept erarbeitet und verfügt über umfangreiche
51 Erfahrungen in Stadt- und Stadtteilentwicklung sowie Wohnungsbau und Sanierung. Wir begrüßen
52 den Vorschlag der GRÜNEN Stadtratsfraktion, diese vorhandene Gesellschaft als strategisches
53 Instrument für ein städtisches Wohnkonzept und eigene Wohnbaumaßnahmen zu nutzen und bitten
54 die Fraktion, diesen Vorschlag mit einem zeitnahen Stadtratsantrag öffentlich zur Debatte zu stellen.

55 Die Gesamtentwicklung der Mieten in Dresden ist jedoch nur über gesetzgeberische Maßnahmen des
56 Bundes möglich. Ferner muss der Freistaat seine Möglichkeiten des Einflusses auf die regionalen
57 Wohnungsmärkte nutzen. Dazu gehört vor allem die von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Landtag
58 vorgeschlagene Einführung von Mietobergrenzen per Rechtsverordnung.